

Aus dem Gemeinderat

Am vergangenen Montag tagte der Gemeinderat erstmals nach der Sommerpause. Die Sitzung hatte folgende Beratungspunkte zum Gegenstand:

Umstellung des Zahlungsverkehrs auf SEPA

Kassenleiter Raimund Zeller informierte in der Sitzung das Gremium über den Stand der Umstellung im Zahlungsverkehr auf SEPA bei der Gemeindeverwaltung. Zum 1. Februar 2014 gelten auch für alle Inlandszahlungen die SEPA-Bedingungen, da zu diesem Stichtag die Einstellung der nationalen Zahlungsverfahren erfolgt. Die Herausforderung für die Verwaltung besteht somit darin, bis zum 1. Februar 2014 den Zahlungsverkehr reibungslos auf SEPA-Überweisung und die SEPA-Lastschrift umzustellen. Um rechtzeitig vor Beginn der Jahresveranlagungen für das Jahr 2014 SEPA-fähig zu sein, wird das Rechenzentrum die Umstellung seiner Kunden auf SEPA bereits in der Zeit vom 03.10.-06.10.2013 vornehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind von der Gemeinde (Kasse) vielfältige Vorarbeiten zu leisten. Der Gemeinderat hat den Bericht über die bereits erfolgten Vorbereitungsarbeiten zur Kenntnis genommen.

Feststellung der Jahresrechnung 2012 der Gemeinde sowie des Jahresabschlusses 2012 des Gemeindewasserwerks

Kämmereileiter Patrik Müller konnte die erste von ihm gefertigte Jahresrechnung dem Gremium vorstellen. Das Ergebnis der Jahresrechnung kann als äußerst positiv bezeichnet werden was daran liegt, dass die Gemeinde im Jahr 2012 vom allgemein positiven Konjunkturverlauf ebenfalls profitieren konnte. Der Gemeinderat stellte in seiner Sitzung das Ergebnis der Jahresrechnung einstimmig fest. Die Jahresrechnung 2012 schließt mit einem Gesamtergebnis von 15.480.920,97 € ab, wovon 13.014.145,40 € auf den Verwaltungshaushalt und 2.466.775,57 € auf den Vermögenshaushalt entfallen. Gegenüber dem Haushaltsplan bedeutet dies eine Zunahme beim Verwaltungshaushalt um 9,1 % und beim Vermögenshaushalt um 26,8 %.

Im Einzelnen war mit Genugtuung zu registrieren, dass vom allgemeinen Wirtschaftswachstum nicht nur die externen Finanzaufweisungen, sondern auch die Gemeindesteuern tangiert waren. So überboten die Gewerbesteuererinnahmen mit rd. 712.000 € (brutto) um immerhin 92.000 € das ursprünglich gesteckte Planziel. Nur wenig niedriger fiel der Zuwachs beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus. Statt der veranschlagten 2,078 Mio. € flossen mit 2,181 Mio. € rd. 103.000 € mehr in die Kasse. Bei den Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz kam es zu Mehreinnahmen in Höhe von rd. 59.000 € gegenüber den im Haushaltplan ursprünglich ermittelten Landeszuweisungen.

Nicht unwesentlich zur Stärkung der Leistungskraft des Verwaltungshaushalts trägt das Ergebnis des Gemeindewaldes bei. Hauptsächlich konjunkturbedingt konnten die Holzerlöse um rd. 23.000 € auf rd. 637.000 € gesteigert und insgesamt der Überschuss beim Forst auf rd. 122.000 € erhöht werden.

Bei der Abwasserbeseitigung konnte seit Jahren wieder ein Überschuss erzielt werden. Aufgrund der vorgenommenen Gebührenanpassung zum 01.07.2011 errechnete sich per Saldo ein Gewinn von rd. 12.500 €.

Beim Bestattungswesen verringerte sich der Abmangel aufgrund der im Jahr 2012 erfolgten Änderung der Bestattungsgebühren auf rd. 62.000 € und der Deckungsgrad stieg auf 56,97%.

Ging man bei der Haushaltsplanung noch davon aus, dass eine Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 295.000 € erwirtschaftet werden kann, sorgten vor allem die vorerwähnten Mehreinnahmen bei den Steuern und Landeszuweisungen sowie beim Forst dafür, dass sich, bei gleichzeitigen Entlastungen beim Zinsaufwand (rd. 35.000 €) und bei der Kreisumlage (rd. 19.000 €), ein Überschuss in Höhe von rd. 1.100.614 € einstellte, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden konnte. Nach Anrechnung der Kredittilgungen (rd. 299.000 €) beziffert sich die sog. Investitionsrate auf rd. 801.000 €; die Basis dafür, bei der Finanzierung der Investitionsausgaben vollends auf eine Eigenfinanzierung zu setzen. Und dies, obwohl über- bzw. außerplanmäßig der Kauf eines leerstehenden Gastronomiegebäudes mit Grundstück in Zimmern, sowie eines Wohnhauses mit Grundstück in der Basaltstraße erfolgten. Erfreulicherweise wurden überzahlte Bauausgaben in Höhe von 139.000 € erstattet und bei der Veräußerung von Grundstücken konnten Einnahmen von 217.000 € erzielt werden.

Die Zuführung des Verwaltungshaushalts reichte aus, die Restfinanzierung des Vermögenshaushalts sicherzustellen. Die Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage konnten vom Planansatz mit 290.000 € um rd. 155.000 € auf rd. 135.000 € gesenkt werden. Auf die vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 359.000 € konnte verzichtet werden. Aufgrund der geringeren Entnahme aus der allgemeinen Rücklage stehen zum Ausgleich kommender Haushaltsschwankungen wieder mehr Mittel zur Verfügung. Wegen der entbehrlichen Neuverschuldung ergeben sich spürbare Einsparungen beim künftigen Schuldendienst.

Der Schuldenstand zum 31.12.2012 beläuft sich auf 3.282.448,13 € (pro Kopf 544,53 €).

Ebenfalls einstimmig festgestellt wurde das Ergebnis des als Eigenbetrieb geführten Gemeindewasserwerks und der Jahresverlust auf neue Rechnung vorgetragen. Das Wirtschaftsjahr 2012 beim Gemeindewasserwerk schließt mit einem Verlust von 44.714,81 € (i. Vj. Verlust von rd. 73.000 €). Das Planziel eines ausgeglichen Ergebnisses wurde nicht erreicht. Die Wassererlöse blieben hinter den Erwartungen zurück, da der Wasserabsatz geringer ausfiel.

Die Veränderung der Umsatzerlöse, im Vergleich zum Vorjahr, hängt stark mit dem Strukturwandel der Gemeinde Immendingen zusammen. Die französischen Truppen waren 2011 abgezogen, so dass ein Wasserverbrauch im Umfang von 15.700 cbm entfiel. Der Großabnehmer Bundeswehr verbrauchte insgesamt 3.600 cbm weniger als im Vorjahr. Damit verbunden war ein Umsatzrückgang von rd. 40.000 €.

Der Wasserbedarf wurde im Jahr 2012 durch den Wasserbezug vom Zweckverband Wasserversorgung Unteres Aitrachtal mit rd. 230.000 cbm (i. Vj. 256.000 cbm) und aus eigenen Quellen und Tiefbrunnen mit 65.000 cbm (i. Vj. 53.000 cbm) gedeckt. Der geringere Wasserbezug vom Zweckverband ermäßigte die Bezugskosten jedoch nicht in erwartetem Maße, da gleichzeitig die Festkostenumlage erhöht wurde.

Aus dem Vergleich der Wasserdarbietung und der Wasserabgabe errechnen sich, nach Abzug des innerbetrieblichen Verbrauches (rd. 5.000 cbm), Netzverluste von rd. 47.000 cbm bzw. etwa 16,1 % der Wasserdarbietung. Die Anstrengungen zur Kontrolle der Wasserverluste sollten dennoch konsequent fortgesetzt werden. Ein Teil der nicht abgerechneten Wassermenge wurde für Feuerwehrrübungen und Feuerlöschzwecke benötigt. Der größte Teil der Verluste resultiert aus den auftretenden Rohrbrüchen. Für die Unterhaltung des Leitungsnetzes einschließlich der Hochbehälter wurden rd. 64.000 € (i. Vj. 62.000 €), für Tiefbrunnen und Pumpwerke weitere rd. 8.000 € aufgewendet. Die Wasseruntersuchungen zur Sicherstellung der Wasserqualität kosteten ebenfalls rd. 3.000 €. Bei den genannten Aufwandspositionen bestehen kaum Einsparpotentiale, da hier die laufend anfallenden Unterhaltungen inbegriffen sind.

Ausweisung einer Tempo 30-Zone für die gesamte Ortschaft Hintschingen

Nach kontroverser Diskussion hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit der Ausweisung einer Tempo 30-Zone für die gesamte Ortschaft Hintschingen zugestimmt und die Verwaltung beauftragt die erforderlichen Schritte einzuleiten. Der Gemeinderat folgte hiermit dem Votum des Ortschaftsrates Hintschingen welcher die Angelegenheit in seiner Sitzung am 30.06.2013 vorberaten hatte. Angeregt wurde die Maßnahme aus der Bevölkerung.

Schulverbund - Namensgebung

Seit dem laufenden Schuljahr 2013/2014 wird die bisherige Werkrealschule der Schlossschule auf Antrag der Gemeinde als Schulträger im Schulverbund mit der Reischach-Realschule Immendingen geführt. Es galt nun den zuständigen Schulbehörden einen Vorschlag für die Namensgebung zu unterbreiten. Bei einer Enthaltung hat der Gemeinderat beschlossen, gegenüber den zuständigen Behörden den Namen „Reischach-Realschule mit Werkrealschule Immendingen“ vorzuschlagen.

Bauanträge

Weiter wurden in der Sitzung acht Bauanträge behandelt. Einer der eingereichten Baugesuche war lediglich zur Kenntnisnahme, da dieser den Bestimmungen des Bebauungsplans entsprochen hat. Bei sechs Bauanträgen wurde das erforderliche gemeindliche Einvernehmen einstimmig erteilt und lediglich bei einem Antrag (Errichtung einer Plakatwerbetafel für Fremdwerbung) wurde das gemeindliche Einvernehmen versagt.